

Bonn, Montag 22. März 1971

Sprecher: Adorno, Amrehn, Barzel, Blüm, Dregger, Göb, Hasselmann, Heck, Kaltefleiter, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lorenz, Rollmann, Scheufelen, Schmücker, Schwarz-Schilling, Stoltenberg, Windelen.

Ergebnis der Landtagswahlen. Haushalt der Bundesgeschäftsstelle und Finanzlage der Partei. Vorbereitung des nächsten Bundesparteitags. Einsetzung einer Steuerreformkommission. Zusammenlegung der Ausschüsse für Ballungsräume und Strukturpolitik. Verschiedenes.

Beginn: 12.00 Uhr

Ende: 16.00 Uhr

ERGEBNIS DER LANDTAGSWAHLEN¹

Parteivorsitzender Dr. *Kiesinger* beglückwünscht die Spitzenkandidaten der Landtagswahlen, Herrn Peter Lorenz (Berlin) und Herrn Dr. Helmut Kohl (Rheinland-Pfalz) zu dem erfolgreichen Ausgang der Wahlen. Herr *Lorenz* und Herr Dr. *Kohl* berichten über den Wahlkampf und bringen dabei ihren Dank an die Bundespartei, die Bundestagsfraktion und die Landesverbände für die hervorragende Unterstützung zum Ausdruck. Herr Professor Dr. *Kaltefleiter* analysiert kurz die Wahlergebnisse und die Wählerbewegung.²

HAUSHALT DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE UND FINANZLAGE DER PARTEI

Heck: Zuerst möchte ich darauf hinweisen, daß das Kritische der Finanzlage verursacht worden ist durch eine nicht vorgesehene Ausgabe in der Größenordnung von 8 Mio. DM während des letzten Bundestagswahlkampfes. Es ist damals durch die Aktivität der Sozialdemokraten eine gewisse Nervosität entstanden und von denen, die sich auch sonst an der Finanzierung der Partei beteiligen, eigentlich fast Druck ausgeübt worden auf uns, wir müßten unbedingt der massiven Anzeigenkampagne der SPD von uns aus etwas entgegenstellen. Wir haben darauf hingewiesen, daß Mittel dafür nicht vorhanden seien, und es wurde uns nicht nur angedeutet, sondern klipp und klar versprochen, die Mittel für diese Kampagne aufzubringen. Diese Mittel sind

1 Zu den Ergebnissen der Landtagswahlen vgl. Nr. 12 Anm. 3.

2 Dieser erste Tagesordnungspunkt ist aus dem Kurzprotokoll ergänzt, da nicht im Ergebnisprotokoll vorhanden.

damals nicht aufgebracht worden, sie sind bis zum heutigen Tage nicht aufgebracht worden, obwohl inzwischen eine ernste Aussprache mit dem betreffenden Personenkreis stattgefunden hat, in der erneut zugesagt worden war, daß diese 8 Mio. DM abgedeckt werden. Das ist der eine Punkt.³

Der zweite Punkt ist der, daß auch das, was zur Deckung des laufenden Haushalts der Bundesgeschäftsstelle erforderlich ist, noch einen beträchtlichen Spendenbeitrag Monat für Monat voraussetzt. Und dieser Spendenbeitrag, der ebenfalls zugesagt worden ist, ist um ein beträchtliches geringer nur angefallen. Deshalb war es notwendig, daß wir auch den laufenden Haushalt der Bundesgeschäftsstelle durch weitere Aufnahme von Krediten finanziert haben. Das ist die Ursache, warum die Schuldenlast im Jahre 1970, wo sie eigentlich zu Teilen hätte abgebaut werden sollen, weiter angestiegen ist. In den ersten Monaten des Jahres 1971 zeichnet sich nun ab, daß wir für das Jahr 1971 eher mit einem geringeren Spendeneingang rechnen müssen als etwa mit einem höheren. Wir müssen davon ausgehen, daß der Schuldenstand zum 15. März 1971 rund 10 Mio. DM beträgt. Da der Kreditplafond, der der Bundesgeschäftsstelle durch die Banken eingeräumt worden ist, bei 12 Mio. DM begrenzt steht und keine Möglichkeit für uns besteht, diesen Kreditplafond zu erweitern, deshalb müssen wir, wenn die derzeitige Entwicklung weiter anhält – womit wir rechnen müssen –, davon ausgehen, daß wir im Laufe der nächsten Monate dieses Jahres zahlungsunfähig werden.

Das ist aber nur die eine Seite. Es kommt hinzu, daß wir die Dinge durchrechnen müssen bis zum Jahre 1973, denn, um die Finanzen überhaupt nur so zu gestalten, sind wir schon gezwungen, sämtliche Mittel, die wir vom Bund, also aus Haushaltsmitteln unter dem Stichwort „Rückerstattung der Wahlkampfkosten“ erhalten werden, für den laufenden Haushalt zu verwenden, so daß diese Gelder bis zum Wahljahr insgesamt ausgegeben sein werden. Wir werden das Wahljahr trotz dieser Gelder zum 31. Dezember 1973 immer noch mit 3 Mio. DM Schulden abschließen, ohne daß ein einziger Pfennig für die Vorbereitung und die Führung des Bundestagswahlkampfes vorhanden ist. Deswegen ist es dringend notwendig, daß wir uns überlegen, wie wir den Haushalt 1971 ausgleichen und sicherstellen und welche Maßnahmen notwendig sind, um die Finanzlage der Bundespartei bis zum Jahre 1973 insgesamt zu stabilisieren.

Der vorgelegte Entwurf des Haushalts der Bundesgeschäftsstelle weist zur Deckung des Haushaltsfehlbetrages insgesamt 3.979.484 DM aus. Dabei muß ich an dieser Stelle schon darauf aufmerksam machen, daß eigentlich unausweichliche Aufgaben von der Bundespartei mit diesem Haushalt nicht wahrgenommen werden können. In diesem Haushalt ist nicht aufgenommen, was unbedingt notwendig ist: die Auslandsarbeit. Es ist nicht aufgenommen ein Dienst für das Ausland. Es ist nicht aufgenommen ein Dienst für die Schülerzeitschriften. Es ist nicht aufgenommen, was in diesem Jahr zwingend langfristig für die Vorbereitung der Bundestagswahl notwendig ist. Es ist nicht aufgenommen ein Ostbüro, was m. E. nicht zu verantworten

3 Vgl. Nr. 10 Anm. 23.

ist, daß von uns aus nicht systematisch die Entwicklung der Linken, der neuen Linken, die mehr oder weniger auch mit drüben zusammenarbeiten im Bereich der Gesellschaft, an den Universitäten, in den Parteien, in den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, die Entwicklung in der DDR selber, die Entwicklung in den Satellitenstaaten, die Entwicklung in der UdSSR, die Entwicklung in Rotchina beobachtet werden kann. Wir sind viel zu schmal ausgestattet mit einem Referenten für Landwirtschaftspolitik. Wir haben einen Referenten für einen Bereich, der m.E. in den nächsten zwei Jahren und auf die Wahlen hin eine entscheidende Rolle spielen wird, nämlich Städtebau, Umwelt und Raumordnung. Wir sind im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit geradezu schwindstüchtig ausgestattet, nicht nur personell, sondern vor allem, was die Mittel anbelangt. Da bei mir immer der Unmut über das, was die Bundespartei alles nicht macht, landet, will ich hier mal zwei Zahlen nennen, weil ja immer der Vergleich zur SPD gezogen wird: Dort, wo die SPD im vergangenen Jahr 6 Mio. DM ausgegeben hat, standen bei uns 70.000 DM zur Verfügung. Das braucht weiter keinen Kommentar!

Alles, was ich jetzt hier vorgetragen habe, ist in dem Haushalt, der mit einem Fehlbetrag von 3,9 Mio. DM hier vorgelegt worden ist, nicht enthalten. Nun gehen wir davon aus – und das ist ein großer Optimismus –, daß wir im laufenden Jahr die gleichen Spenden bekommen wie im Vorjahre, denn die Möglichkeiten bei denen, die spenden, sind – wenn ich richtig unterrichtet bin – im Jahre 1971 wesentlich schlechter, als sie im Jahre 1970 waren. Wenn wir also davon ausgehen, können wir von den 3,9 Mio. 2,3 Mio. abziehen. Dann bleibt noch ein Betrag von rund 1,6 Mio. zur Deckung übrig.

Mit diesen Fragen hat sich das Präsidium⁴ lange und sorgfältig befaßt und ist zu einem Ergebnis gekommen, das von ungewöhnlichem Optimismus getragen ist. Das muß ich schon mal vorweg sagen. Wir wollen vorschlagen, daß künftighin der Anteil der Wahlkostenerstattung für die Landesverbände in der Größenordnung von 793.000 DM entfällt. Es sind per anno eigentlich mehr, aber eine erste Rate ist an die Landesverbände bereits gezahlt, so daß wir sie nicht zurückfordern können. Wir müssen weiter darauf zurückgreifen, daß die Hälfte von den 500.000 DM, die aus den Gewinnen des „Wirtschaftsbildes“⁵ an die Landesverbände geht, also 250.000 DM, künftig nicht mehr an die Landesverbände, sondern an die Bundespartei abgeführt wird. Wir gehen davon aus, daß uns die Bundestagsfraktion für die Herausgabe und den Vertrieb des „Deutschland-Union-Dienstes“⁶ rund 200.000 DM zur Verfügung stellt. Und wir gehen davon aus, daß wir durch eine Verlegung des Parteitages von Hamburg nach Saarbrücken zu einer Kosteneinsparung von 150.000 DM kommen. Das ergibt dann zusammen 1.393.000 DM, was damit eingespart wäre. Es verbleibt dann noch

4 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 11. März 1971 in ACDP 07–001–1404; Haushaltsfragen wurden auch in der Sitzung vom 23. März behandelt (Protokoll ebd.).

5 Das Wirtschaftsbild. Wochenschrift für Wirtschaft und Sozialpolitik. Erscheint ab 1949. Vgl. auch PROTOKOLLE 1 S. 14–21; PROTOKOLLE 2 S. 86–90.

6 Deutschland-Union-Dienst. Pressedienst der CDU und CSU. Erschienen 1949–1998. Vgl. LEXIKON DER CHRISTLICHEN DEMOKRATIE S. 499 f.

ein Rest von 286.000 DM, für den wir beim besten Willen im Haushalt keine Deckung mehr gefunden haben. Herr Dr. Kohl hat dankenswerterweise von sich aus den Vorschlag gemacht und es auch übernommen, sich auf diesem Felde dafür einzusetzen, daß über die Landtagsfraktionen eine einmalige Spende in Höhe von 200.000 DM an die Bundespartei eingebracht werden soll. Und der Restbetrag von 86.000 DM wird – so hoffen wir – als einmalige zusätzliche Spende von der Bundestagsfraktion aufgebracht werden. (*Einwand von Herrn Dr. Barzel.*) Das ist noch nicht beschlossen worden, aber das soll als Anregung dienen.

Ich muß jetzt noch auf etwas anderes hinweisen. Voraussetzung, daß dieser Ausgleich des Haushalts überhaupt möglich ist, ist, daß die Landesverbände ihre Beitragsanteile an die Bundespartei abführen. Wir haben uns bisher der Illusion hingegeben, das sei so. Das ist natürlich nicht so, das wird nur vielfältig verrechnet. Wenn Sie also davon ausgehen, daß hier vorgesehen ist, daß künftig die Landesverbände keinen Anteil mehr von der Wahlkostenerstattung zugeteilt erhalten, dann müssen sich die Landesverbände darüber im klaren sein, daß diese Verrechnungsmöglichkeiten in Zukunft wegfallen. Das Präsidium war der Auffassung – ganz generell –, daß wir mit dem, was in den Statuten steht, einfach ernst machen müssen: Wer den Beitragsanteil nicht an den Bund abführt, der kann dementsprechend auf einem Parteitag nicht mit Delegierten vertreten sein.

Wir haben uns auch lange überlegt, ob wir die Altersversorgung aufrecht zu erhalten in der Lage sind und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß dieser Weg von uns nicht beschritten werden kann aus Gründen der Personalpolitik und diese Einrichtung aus Gründen der sozialen Versorgung notwendig ist.⁷ Man muß nur darauf aufmerksam machen, daß die Bundespartei hier jährlich 750.000 DM für die Altersversorgung der Angestellten der Landesverbände bezahlt. Also, wenn die Parteibeiträge bei uns nicht eingehen sollten, dann mache ich schon jetzt darauf aufmerksam, daß wir uns zu gegebener Zeit wieder zusammensetzen müssen, um entsprechende Entscheidungen zu treffen.

Ich habe nur einen großen Wunsch, und zwar, daß wir uns das heute nicht so leicht machen und sagen, das alles wollen wir mal nicht so ernst nehmen und daß wir heute nicht Beschlüsse fassen, die dann nicht durchgeführt werden. Denn sonst kommen wir sehr schnell zu dem Punkt, wo nicht nur durch Indiskretion in der Presse steht, daß wir zahlungsunfähig sind, sondern daß dann die Tatsache eingetreten ist und nicht verborgen bleiben kann.

Schmücker: Zunächst einmal möchte ich sagen, daß ich es sehr bedauere, daß die Öffentlichkeit durch Indiskretionen an diesen Beratungen beteiligt worden ist. Außerdem ist es so, daß die dort genannten Zahlen keineswegs die Vermutung rechtfertigen, wir würden das gestartet haben, um die Wirtschaft zu größerer Spendenfreudigkeit anzuregen. Wenn auch der „Katholische Nachrichtendienst“ behauptet⁸, wir hätten nur 50.000 DM im Monat zusammengeholt, so haben Sie eben gehört, daß wir im letz-

7 Zum Versorgungswerk der CDU vgl. PROTOKOLLE 5 S. 774 Anm. 89.

8 Vgl. KNA-Informationsdienst Nr. 11 vom 18. März 1971 „CDU droht finanzielles Risiko“.

ten Jahr bei 2,8 Mio. lagen, und wenn ich alles zusammennehme, kommen wir sogar auf 4,4 Mio. Aber das ist viel zu wenig, um das auszugleichen, was an Belastungen da ist. Und Herr Dr. Heck hat ja schon darauf hingewiesen, daß wir es eigentlich immer wieder zu tun haben mit jenem Block der Insertionskampagne, die uns mehr oder weniger aufgenötigt worden ist und zu der man uns versicherte, die Gelder stünden zur Verfügung. Der Bundesvorsitzende hatte im Juli eine Zusammenkunft in seiner Wohnung arrangiert⁹, und da ist noch einmal alles bestätigt worden, was an Zusagen uns gemacht worden war, und es sind zusätzliche Zusagen gegeben worden. Diese Zusagen sind nicht eingehalten worden. Nur drei Überweisungen haben stattgefunden. Hier muß ich allerdings hinzufügen, daß inzwischen Ereignisse eingetreten sind, die einen Stop ganz natürlich erscheinen lassen. Ich kann auf diese Dinge nicht im einzelnen eingehen. Sie hängen mit Transfermöglichkeiten usw. zusammen. Daraufhin habe ich erneut vor 14 Tagen ein Gespräch gesucht, und man hat die Zusagen noch einmal wiederholt. Ich habe auch die Frage gestellt, ob es an irgendwelchen Personen oder sonstigen Dingen liege, daß man nicht wolle. Das wurde entrüstet zurückgewiesen. Man würde, sobald die Schwierigkeiten in Hessen bereinigt sein¹⁰, wieder in Aktion treten. Ich glaube das nicht. Ich bin der pessimistischen Auffassung, daß das nicht in dem Ausmaße geschieht, wie man uns das zugesagt hat, wie ich überhaupt meine, daß der Anteil des Spendenaufkommens an unserer Parteifinanzierung, wenn man dann alle anderen noch mit dazu rechnet, mit denen wir zusammenarbeiten – ich meine nicht nur die Vereinigungen, sondern bis zur Konrad-Adenauer-Stiftung – zu einem bedenklichen Bild führt und daß wir zu einer anderen Struktur kommen müssen.

Ich bitte, auch nicht zu vergessen, daß die Sozialdemokraten durch die Wiedergutmachung in ein beträchtliches Vermögen hineingewachsen sind, das etwa eine halbe Milliarde beträgt. Allein von daher können die Sozialdemokraten monatlich über eine Million an die Partei überweisen. Sie haben also jährlich über 12 Mio. DM zur Verfügung. Was dann an Gewinn entsteht, kommt dann noch hinzu. Ich weiß gar nicht, wie wir auf die Dauer dagegen ankommen wollen. Spenden schaffen das alleine nicht. Wir müssen überlegen, wie wir die Dinge ändern. Ich bin mit dem Generalsekretär der Meinung, daß wir diesen Haushalt drastisch kürzen müssen, denn in allen Finanzverhandlungen, in die ich hineingehe, verlangt man von mir den Haushalt. Und der Hin-

9 Eintrag für den 8. Juli 1970 in Kiesingers Terminkalender (ACDP 01–226–739): „18.30 Uhr Vorgespräch mit Heck, Schmücker. 19.00 Uhr Einladung für Herren der Wirtschaft (Kiesinger, Heck, Schmücker, Berg, Richter/Hoechst, von Bismarck, Schlenker/Reemtsma)“.

10 Eine Gruppe junger Leute, genannt „IG Adel und Banken“, hatte im Februar 1971 versucht, durch eine Eintrittswelle die Mehrheit im KV Frankfurt zu übernehmen. Im März 1971 gelang es Walter Wallmann, den Konflikt mit den Beteiligten, die sich selbst „Gruppe 70“ nannten, beizulegen. Vgl. „Rheinische Post“ vom 19. Februar 1971 „Machtergreifung‘ der Barone und Bankiers?“; „Allgemeine Zeitung Mainz“ vom 25. Februar 1971 „Blaue Zellen‘ bedrohen Einheit der Frankfurter CDU“; „Die Zeit“ vom 26. Februar 1971 „Im Handstreich. 250 junge Leute krepeln Frankfurts CDU um“; „Frankfurter Rundschau“ vom 20. März 1971 „Im Morgengrauen fand CDU den Kompromiß“. Unterlagen auch in ACDP 01–145–F24.

weis darauf, daß wir etliches getan haben, mag vielleicht die Spendenfreudigkeit erhöhen. Aber wir müssen auch das System wahrscheinlich ändern.

Ich habe dann zu berichten über die Finanzkommission, die heute vormittag getagt hat¹¹, die aber in eine Haushaltsberatung nicht einsteigen wollte, weil die Geschäftsstelle nicht entsprechend anwesend war und man auch keine Vorinformation erhalten hatte. Man hatte einige Bedenken bei dem Personaletat, wollte aber keine Einzelberatung vornehmen. Die Finanzkommission hat dann die Vorschläge, die ich aus dem Präsidium überbracht habe, beraten und meinte, es sei doch wohl zweckmäßiger, daß wir dies einstweilen für dieses Jahr in Form einer Stornierung machen sollten. Man war der Meinung, daß, wenn wir das Spendenbeschaffungssystem ändern, unmittelbarer gestalten, man dann doch das Ziel erreichen könnte. Ich selber habe dabei Bedenken und erinnere daran, daß ich im letzten Jahr bei der Haushaltsberatung ausdrücklich gesagt habe als Schatzmeister, der ja für die Beschaffung der Mittel außerhalb der Beiträge und der staatlichen Zuwendungen verantwortlich ist, nicht für die Ausgaben, daß ich diese Beschaffung nicht garantieren könne, eben aus der Erfahrung der Wahlkampfzeit. Und ich bäte darum, daß der Haushalt entsprechend gefahren würde, und es sind ja auch sehr erhebliche Einsparungen vorgenommen worden.

Ich möchte über das, was Herr Dr. Heck hier vorgetragen hat und was ich unterstützte, noch folgendes vorschlagen:

1. Eine Änderung der Spendenbeschaffung unter Mitwirkung des Präsidiums, wenn es geht, des gesamten Vorstands. Denn die Firmen, die in Frage kommen, können nicht von einem einzelnen angesprochen werden, denn hier muß auch eine Bekanntschaft oder eine gewisse Interessenlage vorliegen, die die Spendenbereitschaft erhöht.

2. Wir müssen für die Gesamtfinanzierung unserer Partei und aller zu uns gehörenden und mit uns zusammenarbeitenden Einrichtungen die Gewähr leisten. Ich gebe zu bedenken, daß man sich überlegt, doch ein eigenes Finanzbüro zu schaffen, an dem sich alle Parteieinrichtungen beteiligen und auch die, die mit uns zusammenarbeiten, insbesondere aber die Vereinigungen. Und da der Wirtschaftsrat keine besondere Vereinigung ist, muß ich ihn besonders erwähnen, weil er für die Mittelbeschaffung für uns von besonderer Wichtigkeit ist.

Für heute bleibt uns nichts anderes übrig, als dem Vorschlag von Herrn Dr. Heck zuzustimmen und wir unsererseits durch eine Umorganisation der Spendensammlung versuchen, das zu verbessern. Aber die Dauer glaube ich nicht, daß diese Finanzierung sich durchhalten läßt gegenüber einem politischen Gegner, der auf einem ganz anderen Vermögen aufbaut und der mit ganz anderen Möglichkeiten, wie wir sie nur erträumen können, arbeitet.

Adorno lehnt eine Beteiligung der Landesverbände zum Haushaltsausgleich ab, bevor der Landesvorsitzenden nicht die Gelegenheit gegeben worden ist, derart weittragende Beschlüsse mit ihren Geschäftsführenden Vorständen zu beraten.

Blüm weist auf weitere finanzielle Anforderungen hin, die im nächsten Jahr durch

11 Niederschrift der Sitzung der Bundesfinanzkommission am 22. März 1971 in ACDP 07-001 AO Bundesfinanzkommission/Bundesfinanzausschuß 1.1.1969-27.2.1973 unverzeichnet.

die anstehenden Betriebsratswahlen¹² auf die Bundespartei zukommen. Da es sich hierbei um ausgesprochene Prestigewahlen handelt, werden die Sozialdemokraten alles versuchen, um der CDU gerade in den Großbetrieben einen Denkkzettel zu verpassen. Es ergibt sich daher die Frage, wie die Sozialausschüsse finanziell diesem massiven Druck der Sozialdemokraten Widerstand leisten sollen.

Schwarz-Schilling lehnt eine Beteiligung des Landesverbandes Hessen ab. Die Existenz des Landesverbandes Hessen, der keine Wahlkampfkostenerstattung auf Landesebene erhält, wäre durch diese Maßnahme im Kern gefährdet. Außerdem sei es unmöglich, daß die Bundespartei auf das Ausstehen von Beiträgen mit der Streichung des Delegiertenrechtes reagiere, während sie selbst ihre der Landespartei gegenüber übernommenen Verpflichtungen nicht erfülle, indem sie die versprochenen Zurückzahlungen der Wahlkampfkosten streicht.

Lorenz ist grundsätzlich zu einer Unterstützung bereit, hält jedoch zuvor eine gründliche und detaillierte Beratung über die Finanzierung des Haushaltsplanes der Bundesgeschäftsstelle sowie die Schaffung klarer Kompetenzen zwischen Landesverbänden und Bundespartei für unbedingt erforderlich.

Rollmann erklärt, daß der Landesverband Hamburg den Etat für 1971 verabschiedet hat, und zwar mit einer Wahlkampfkostenerstattung der Bundespartei in Höhe von 26.000 DM. Das bereits bestehende Defizit von 70.000 DM wird sich nach der vorgesehenen Streichung der Wahlkampfkostenerstattung demnach auf rund 100.000 DM erhöhen. Herr Rollmann weist darauf hin, daß es eine Wahlkampfkostenerstattung in Hamburg ebenfalls nicht gibt und daß der Landesverband Hamburg lediglich gewisse Gelder von der Bürgerschaftsfraktion bekommt. Herr Rollmann spricht sich gegen das Abwälzen der Schulden der Bundespartei auf die einzelnen Landesverbände aus, die sich selbst in einer Misere befinden und nicht wissen, wie sie damit fertig werden sollen.

Kohl stellt fest, daß die CDU in der Bundesrepublik drauf und dran ist, sich in ein Sammelsurium von Landesverbänden und Gruppierungen aufzuspalten, in dem es reiche und arme gibt und solche – wie die Bundesgeschäftsstelle –, von der jedermann Leistungen erwartet, für die aber niemand zusätzliche Belastungen übernehmen will. Es gilt jedoch im Augenblick zu überlegen, was wir in diesem Jahr konkret sofort tun und was wir tun müssen, um die Dinge vom Jahre 1972 an in Ordnung zu bringen. Wenn in der Zeitung steht, die CDU ist pleite, dann nimmt uns das von Hamburg bis Konstanz jeden politischen Kredit. Herr Dr. Kohl ist der Meinung, daß bei einer vernünftigen Zusammenarbeit aller Kräfte das Ziel, das Herr Dr. Heck für dieses Jahr gesetzt hat, zu erreichen ist. Das ist nur möglich, wenn bei der CDU ein Mitglied nicht nur Mitglied ist, sondern darüber hinaus auch etwas bezahlt. Denn es ist ein ganz unerträglicher Zustand, daß auf Parteitagern zwar manche Gruppierungen sehr stark sind, auch in ihren Ausführungen, auch mit dem, wie sie sich darstellen, daß sie aber

12 Betriebsratswahlen vom 1. März bis 31. Mai 1972, vgl. „Münchener Merkur“ vom 3./4. Juli 1971 „Bundestagswahlkampf in den Betrieben?“, „Frankfurter Neue Presse“ vom 29. Januar 1972 „Betriebsratswahl mit Politik“.

dort, wo bares Geld zu zahlen ist, nicht zu finden sind. Wir sollten daher heute konkret in dem von Herrn Dr. Heck vorgeschlagenen Sinne beschließen. Die Bundespartei muß möglichst schnell über die Abdeckung der Schulden hinaus Geld ansammeln für die Vorbereitung der Bundestagswahl. Herr Dr. Kohl ist der Meinung, daß die Landtagsfraktionen in der Lage sind, eine einmalige Spende von 200.000 DM aufzubringen, und er wird morgen in der konstituierenden Sitzung seiner Fraktion vorschlagen, daß sofort 30.000 DM gezahlt werden. Der Landesverband Rheinland-Pfalz ist darüber hinaus bereit, auf seinen Anteil an der Wahlkampfkostenerstattung zu verzichten. Das gleiche gilt für den Bereich des „Wirtschaftsbildes“ und für den Anteil der Landtagsfraktion. Herr Dr. Kohl weist ferner darauf hin, daß einige Kreisparteien über ihre Ratsfraktionen ein beachtliches Konto angelegt haben. Wenn man hier die Reisetätigkeit und die Studienfahrten für dieses Jahr etwas einschränken und den daraus gewonnenen Betrag der Bundespartei zur Verfügung stellen würde, käme eine erhebliche Summe zusammen.

Scheufelen: Beispiel aus dem Jahre 1958. – Urteil in Karlsruhe.¹³ Gutachten des Herrn Professor Eschenburg¹⁴. Herr Dr. Scheufelen nennt folgende Hindernisse bei den Finanzierungsmöglichkeiten: 1. Das Parteiengesetz, das die Offenlegung von Spenden und Bekanntgabe der Spender bei Beträgen über 20.000 DM vorschreibt. 2. Die Struktur der Altersversorgung, die das in der Industrie übliche Maß bei weitem übersteigt. Diese Altersversorgung der Bundespartei besteht z. T. auch in Bereichen, die von den Landesverbänden versorgt werden, so daß doppelte Kosten entstehen.

Barzel: Es gab Bestrebungen, verschiedene Publikationen stärker finanziell an die Fraktion anzuhängen. Das betrifft den DUD. Das ist ein Betrag, der die Bundestagsfraktion mit einer sehr namhaften Summe belastet. Weitere Projekte wird die Bundestagsfraktion laufend und regelmäßig auf gar keinen Fall übernehmen können, weil das fernab ihrer finanziellen Möglichkeiten wäre. Daß sie natürlich sich zu beteiligen wünscht in einer Solidaraktion, ist ebenso selbstverständlich, wie daß ich das hier nicht endgültig zusagen kann, weil das eine Frage der Finanzkommission der Fraktion ist, ohne die ich eine solche Zusage nicht abzugeben vermag. Ich bitte, die Finanzkraft der Fraktion auch nicht zu überschätzen. Wir haben zwar eine Rücklage gebildet, weil wir immer gesagt haben, wenn wir mal in die Opposition kommen, wollen wir nicht austrocknet sein. Das wird uns die vier Jahre, wenn die Fraktion die Arbeit durchhält, auch auf dem bisherigen Level möglich sein. Das weiter auszudehnen, ist uns nicht möglich. Das muß jeder sehen, damit er ungefähr auch eine Vorstellung darüber hat, was wir können und was wir nicht können. Und ich glaube, das war eine vorsorgliche Politik. Wo wären wir im Herbst 1969 geblieben, wenn wir etwa mit einer leeren Kasse dagestanden hätten.

13 Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung der politischen Parteien vom 24. Juni 1958. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 188 Anm. 27; PROTOKOLLE 5 S. 333 Anm. 107.

14 Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 482; Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 11 1958. Bearb. von Ulrich ENDERS und Christoph SCHAWÉ. München 2002 S. 249; Theodor ESCHENBURG: Probleme der modernen Parteienfinanzierung. Rede bei der Rektoratsübergabe am 9. Mai 1961. Tübingen 1961.

Schmücker weist noch einmal darauf hin, daß der Hauptgrund für die kritische Finanzlage in dem Abschluß der Insertionskampagne zu sehen ist, für die ein Spendenaufrufen in Höhe von 8 Mio. DM zugesagt war, das jedoch nicht eingegangen ist. Über diesen Tatbestand hat Herr Dr. Schmücker auf der Vorstandssitzung, die den Haushalt behandelt hat, berichtet und seinen Vorbehalt angemeldet. In den folgenden Finanzkommissionssitzungen ist jedesmal die Haushaltslage ausführlich erörtert worden, und es gab die Abmachung, daß die Landesvorstände darüber informiert werden.

Göb fordert den Bundesvorstand auf, das Präsidium zu beauftragen, einen Plan zusätzlicher Rationalisierungsmaßnahmen vorzulegen mit Rücksicht auf die Bundestagswahl 1973.

Rollmann schlägt vor, die monatlichen Beitragsabgaben an die Bundespartei durch die Landesverbände von 0,50 DM auf 0,60 DM oder 0,70 DM pro Mitglied zu erhöhen.

Kraske erklärt, daß das Versorgungswerk nie eine Erfindung der Bundespartei gewesen ist oder etwas, was die Bundespartei widerwillig auf die Landesverbände aufgestülpt hat, sondern außer dem Landesverband Nordwürttemberg haben alle Landesverbände, die an den Vorarbeiten zum Versorgungswerk beteiligt waren, dem zugestimmt. Außerdem sind die freiwilligen Sozialleistungen in Industriebetrieben und vor allen Dingen in Industrieverbänden in Nordrhein-Westfalen sehr viel besser als die Leistungen des Versorgungswerkes der CDU. Zweitens, es ist zwar richtig, daß Herr Professor Eschenburg in seinem Gutachten 1958 hinterher auf eine ziemlich törichte Weise erklärt hat, wenn ich dieses und jenes gewußt hätte, hätte ich ein anderes Gutachten erstattet. Aber die Richter in Karlsruhe haben mit ihrem 58er-Urteil überhaupt nicht auf diesen Punkt wesentlich abgehoben, also unterschiedliche Chancengleichheit zwischen den Parteien, sondern Chancengleichheitsverletzung zwischen den Bürgern, weil ein besser verdienender Bürger mit einer höheren Spende und dadurch gesparter Steuer den Staat mehr engagieren kann für seine politische Meinung [sic!], als ein anderer. Und dieses hat mit dem Eschenburg-Urteil überhaupt nichts zu tun. Drittens, es ist geradezu grotesk, wenn an ein und demselben Tische darum gestritten wird, daß die Bundespartei nicht aufhören solle, die Steuerzuschüsse aus Bundesmitteln an die Landesverbände weiterzuführen und gleichzeitig geklagt wird über die gesetzliche Formulierung der Spendenoffenlegung. Wir wissen doch nun alle, daß dieses ein unauflösbares Junktim war, und zwar ein Junktim sowohl von dem Verfassungsgericht dem Parlament gegenüber wie innerhalb des Parlaments zwischen CDU und SPD. Wenn wir heute in beträchtlichem Maße staatliche Zuschüsse auf Bundesebene in dieser relativ liberalen Form, was die Nachweisung angeht, bekommen – und ohne ihn wäre ja unsere Lage überhaupt vollends katastrophal –, dann war diese Form der Offenlegung von Spenden das einzig Zwingende, was wir tun mußten, um dieses Gesetz im Parlament und in Karlsruhe und in der deutschen Öffentlichkeit durchzubringen. Sie wissen, daß wir es gegenüber der SPD noch in einer sehr viel großzügigeren Fassung durchgesetzt haben, nämlich mit 200.000 DM Obergrenze, und daß dieses in Karlsruhe gescheitert ist und das Verfassungsgericht uns gezwungen hat, die Grenze auf 20.000 DM herunterzusetzen. Das kann man nun wirklich nicht früheren

Parteivorständen, noch früheren Fraktionen anlasten. Daß diese Belastung für die Spendenwerbung ein Handicap ist, daran zweifelt niemand. Nur ist die Frage, ob wir auf dieses Handicap verzichten wollen und gleichzeitig auf eine gesicherte Finanzierung aus Steuermitteln.

Stoltenberg erklärt, daß der Bundesvorstand zur Bewältigung der finanziellen Schwierigkeiten einen Beschluß fassen muß, notfalls auch durch Abstimmung. Er schlägt vor, daß man von der Vorlage des Präsidiums ausgeht und sagt, das bedeutet eine verstärkte Abführung der Landesverbände um DM X pro Mitglied an die Bundespartei. Einen solchen Beschluß brauchen wir, auch wegen der negativen Wirkung bestimmter Presseveröffentlichungen. Herr Dr. Stoltenberg ist ferner der Ansicht, daß eine Partei, die sich in einer solchen Lage befindet, unter voller Beachtung und Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen natürlich auch noch mal prüfen muß, ob man bei neueintretenden Mitarbeitern die Größenordnung im Versorgungswerk modifiziert, denn man kann sich mit Zentralverbänden der Wirtschaft eben doch nicht vergleichen, wenn man nicht eine entsprechende Finanzgrundlage hat.

Adorno bittet, den Landesparteien bis zur nächsten Bundesvorstandssitzung Gelegenheit zu geben, das Finanzproblem zu erörtern, da diese ihre Haushalte umstellen müssen, wenn sie mit dem Vorschlag des Präsidiums einverstanden sein sollen. Ferner beantragt Herr Adorno, daß der Bundesvorstand in eine Einzelprüfung des Etats eintritt, um zu gewährleisten, daß nicht neue Lücken aufgerissen werden.

Lorenz schlägt für den Fall, daß die zugesagten Gelder noch eingehen, vor, daß sich der Bundesvorstand bereit erklärt, den Landesverbänden einen entsprechenden Ausgleich zu zahlen, die wegen der Umstellung ihrer Haushaltspläne in Schwierigkeiten gekommen sind. Im Hinblick auf den Wahlkampf 1973 fordert Herr Lorenz Herrn Dr. Göb auf, dem Präsidium einen Plan für eine straffere Organisation und vernünftige Rationalisierung vorzulegen, damit möglichst bald der Bundesvorstand darüber entscheiden kann.

Dregger stimmt grundsätzlich der Beschlußvorlage des Präsidiums zu, bittet jedoch um Berücksichtigung der Ausnahmesituation von Hessen in Einzelgesprächen.

Hasselmann vertritt die Ansicht, daß man heute der Presse mitteilen sollte, der Bundesvorstand hat beschlossen, aus den Landesverbänden die Bundespartei zu sanieren. Wie wir das nachher im einzelnen durchführen, müssen wir uns noch gründlich überlegen. Der Vorstand sollte sich jedoch entschließen, mit Termingebung zu arbeiten. Ferner schlägt Herr Hasselmann vor, daß sich der Vorstand konkret und kurzfristig Gedanken macht über den Vorschlag von Herrn Dr. Schmücker, nämlich die Schaffung von Kosten. Die Frage der Einsparung sollte nicht beim Personal beginnen, auch nicht die Überlegung von Entlassungen. Vielmehr sollte man überlegen, ob „Union-Dienst“ und „Union in Deutschland“ und „Monatsblatt“ und „Agrarbrief“ und „Evangelisches Blatt“¹⁵ usw. alle nötig sind oder ob man in Form von Beilagen nicht

15 „Evangelische Verantwortung. Politische Briefe des Evangelischen Arbeitskreises der Christlich-Demokratischen/Christlich-Sozialen Union“. Erschienen 1953–1966 und wieder ab 1969.

zu einer echten Verbilligung kommt. Bei den Beiträgen hält Herr Hasselmann eine Erhöhung von 1,00 DM für vertretbar. Herr von Hassel sollte aufgrund seiner Initiative im Zusammenhang mit den Landtagspräsidenten prüfen, ob nicht doch die 2,50 DM für die Landtagswahlkämpfe erreichbar sind.

Windelen bittet um folgende Auskünfte: 1. Wie hoch sind die Rückstände der einzelnen Landesverbände? 2. Wie hoch sind die Anteile der einzelnen Landesverbände am Versorgungswerk? 3. Wie hoch sind die Anteile der Wahlkampfkostenerstattung? 4. Wie hoch sind die Anteile der Landesverbände an der Ausschüttung aus dem Gewinn „Wirtschaftsbild“?

Heck stellt fest, daß ergänzend zu den Vorschlägen des Präsidiums zum Haushaltsausgleich sich lediglich ein weiterer Vorschlag aus der Diskussion ergeben hat, nämlich die Beiträge an die Bundespartei zu verdoppeln. Diese Maßnahme würde die Deckung des Fehlbetrages ermöglichen. Herr Dr. Heck ist jedoch bezüglich der Verwirklichung dieses Vorschlages sehr skeptisch und bittet den Vorstand dringend, mit Rücksicht auf den Ernst der Lage heute wenigstens den Beschluß zu fassen, daß die Summe, die zum Ausgleich des Haushalts erforderlich ist, aufgebracht wird. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen müßten dann definitiv in der Bundesvorstandssitzung am 26. April 1971 beschlossen werden. Herr Dr. Heck legt großen Wert darauf, daß bei dieser Sitzung der Haushalt Ziffer für Ziffer und Position für Position durchgesprochen wird.

Der Bundesvorstand beschließt, daß der Ausgleich des Haushalts der Bundesgeschäftsstelle für das Rechnungsjahr 1971 in Höhe von 1,4 Mio. DM durch eine entsprechende Beteiligung der Landesverbände erfolgt. Über die Einzelheiten der zu treffenden Regelung soll der Vorstand in der nächsten Sitzung am 26. April 1971 eine abschließende Regelung treffen. Bis zu dieser Entscheidung sollen keine Leistungen an die Landesverbände erbracht werden.

Der Vorstand stimmt der Anregung zu, das Spendenbeschaffungssystem zu überprüfen und zu verbessern und Maßnahmen zur Rationalisierung der Arbeit der Partei und aller der Partei zugehörigen Institutionen vorzubereiten.

VORBEREITUNG DES NÄCHSTEN BUNDESPARTEITAGS¹⁶

Der Bundesvorstand beschließt die Verlegung des für den Herbst geplanten Bundesparteitag von Hamburg nach Saarbrücken. Der Parteitag soll nunmehr stattfinden am 4./5. Oktober 1971 in der Saarlandhalle.

Der Bundesausschuß wird für den 7. Mai 1971 nach Bonn einberufen.

Der Bundesvorstand beschließt ferner unter Vorbehalt, daß nach Fertigstellung des neuen Kongreßbaus in Hamburg im Jahre 1973 der nächstfolgende Bundesparteitag in

16 Die folgenden drei Tagesordnungspunkte (bis „Verschiedenes“) ergänzt gemäß Kurzprotokoll.

Hamburg stattfinden soll. Außerdem soll der in Aussicht genommene Wohnungs- und Städtebau-Kongreß der CDU 1971 in Hamburg tagen.

EINSETZUNG EINER STEUERREFORMKOMMISSION

Der Bundesvorstand ist sich über die Notwendigkeit der Einsetzung einer Steuerreformkommission einig und beschließt, Herrn Dr. Manfred Schäfer, Herrn Professor Dr. Gerhard Zeitel, Herrn Hermann Josef Russe mit der Anfertigung eines Arbeitspapiers für die Steuerreformkommission zu beauftragen. Dieses Arbeitspapier soll die verschiedenen Sparten der Steuerreform durchleuchten und die Möglichkeiten und Auswirkungen unter bundes- und landesfinanzpolitischen Gesichtspunkten untersuchen. Aufgrund dieses Papiers und der sich daraus ergebenden Empfehlungen wird der Bundesvorstand einen Grundsatzbeschluß fassen, der der dann einzusetzenden Steuerreformkommission als Arbeitsgrundlage dient.

ZUSAMMENLEGUNG DER AUSSCHÜSSE FÜR BALLUNGSRÄUME UND STRUKTURPOLITIK

Der Bundesvorstand beschließt die Zusammenlegung der Ausschüsse für Ballungsräume und Strukturpolitik zu einem Ausschuß mit entsprechenden Unterausschüssen. Einer dieser Unterausschüsse soll sich speziell mit dem Thema „Parteiarbeit in der Großstadt“ befassen.

VERSCHIEDENES

a) *Gespräch Dr. Barzel/Brandt über Berlin-Problem*

Barzel: Der aktuelle Anlaß ist, daß Herr Echternach nach seiner Rückkehr aus Moskau eine Pressekonferenz gegeben hat über den Inhalt eines Gespräches mit Herrn Falin.¹⁷ Die Tatsache, daß der Kollege Echternach nach Moskau gehen würde, war mir nicht bekannt. Ich bedauere die Reise nicht – ich hätte ihn sehr ermuntert zu reisen –, aber ich hätte gern, daß natürlich die Kollegen von uns, die sich an solchen Plätzen verantwortlich betätigen, im vollen Besitz der Informationen und der Mei-

17 Echternach hielt sich Mitte März 1971 für einige Tage zu Gesprächen in Moskau auf. Vgl. „Die Welt“ vom 19. März 1971 „Moskau: Berlin-Regelung setzt Abbau der Bundespräsenz voraus“; „Frankfurter Rundschau“ vom 19. März 1971 „Echternach: Sowjets bleiben hart“. Vgl. auch „Gedächtnisprotokoll über das Gespräch des Direktors der Dritten Abteilung des sowjetischen Außenministeriums, Falin, mit dem Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Jürgen Echternach, sowie den Bürgerschaftsabgeordneten Dirk Fischer und Volker Rühle am Mittwoch, dem 17. März von 16.00–17.45 Uhr im sowjetischen Außenministerium“ in ACDP Dokumentation AO Echternach.

nung der CDU/CSU sind. Wir haben dann versucht, Herrn Echternach in der Sowjetunion zu erreichen, was uns nicht gelang. Da aber die Sowjets die Mitteilung, die Echternach über sein Gespräch mit Falin gemacht hat, nicht bestritten haben und sie den sachkundig Informierten hier auch nicht so sensationell vorkommen kann, konnten wir an diesen Dingen nicht vorbeigehen. Es hätte nahegelegen, im Anschluß an diese in der Presse veröffentlichten Erklärungen des Kollegen Scheel und des Regierungssprechers noch am Samstag eine volle Breitseite in dieser Frage loszulassen. Wir haben dies dosiert gemacht, weil man niemals weiß, wie plötzlich ein neues Thema vor einer Landtagswahl an dem Samstag auf die Beteiligten wirkt.

Außerdem berührt dies einen Punkt, auf den ich nun zusteure – und damit bin ich auch bei dem, was wir heute mit dem Bundeskanzler zu besprechen haben. Bis zur Stunde ist ja unsere Position in der Berlin-Frage die, daß wir dafür sind, sie vertraulich zu behandeln und so weit wie möglich zusammenzuwirken. Von Gemeinsamkeit reden wir ja seit einiger Zeit aus guten Gründen nicht mehr. Und dies wiederum hängt zusammen mit unserer Gesamteinlassung zu den Ostverträgen, die wir hier ja ausgiebig besprochen und beschlossen haben. Nun kommen wir natürlich in eine Schwierigkeit. In der Öffentlichkeit meint man, in der Berlin-Frage sitzen sie alle in einem Boot. Und nun kann man natürlich unmöglich hinnehmen, daß dann der Eindruck entsteht, daß das, was Herr Scheel sagt, von uns gedeckt wird. Dies ist völlig ausgeschlossen. Sollte sich deshalb der Bundeskanzler heute wider mein Erwarten die Scheelsche Position zu eigen machen, dann wäre dies eine ernste Lage für uns alle, über die wir nachdenken müßten. Für meine Person würde dies die Kooperation in dieser Frage beenden – ein Arbeitsziel, das ich nicht habe, weil wir ja unsere Position gegenüber den Verträgen auch mit dem Grund versehen hatten, daß wir einwirken wollten auf das, was in und um Berlin an Lösungen herauskäme. Das heißt, es wäre mir erwünscht – ob dies erreichbar ist, weiß ich nicht –, daß der Bundeskanzler versucht, von sich aus einen Schritt gemeinsamen Wirkens in dieser Frage auch künftig möglich bleiben zu lassen. Ich bitte dann zu bedenken, daß in der Frage Berlin wir natürlich auch berücksichtigen müssen, daß wir uns nicht ohne Not und nicht ohne sorgfältiges Überlegen von unseren drei Verbündeten isolieren dürfen, die ja hier Hauptverantwortliche und Hauptverhandlungsführer sind. Dem steht das Argument entgegen, daß – wie wir alle wissen – die Westmächte erklären, die Beurteilung der deutschen Interessen ist Sache der Deutschen, sowohl in Fragen, die ganz Deutschland betreffen oder in Fragen, die die Bundespräsenz in Berlin betreffen o. ä., so daß wir hier natürlich deutlich machen müssen – auch den Westmächten gegenüber –, wie wir die Interessen der deutschen Seite beurteilen. Das geschieht in der Regel in diskreter Weise, aber es gibt natürlich auch Punkte, wo es in lauter Weise geschehen muß. Das ist zum Thema Berlin zu sagen.

Das zweite Thema, das sich hier anschließt, ist im selben Zusammenhang zu sehen, nämlich die Art. 53 und 107 der UNO-Satzung.¹⁸ Die Bundesregierung versucht bekanntlich, den Eindruck zu erwecken, als sei es ihr gelungen, diese Artikel zum Verschwinden zu bringen. Das Wort „Verschwinden“ oder „totaler Verzicht der Sowjet-

18 Vgl. Nr. 5 Anm. 27; Nr. 9 Anm. 17.

union“ sind die Vokabeln, die Egon Bahr dazu gebraucht. Nun sagt Herr Falin: „Natürlich sind die nicht verschwunden, sondern sie bestehen im Prinzip fort, aber sie kommen natürlich nicht zur Anwendung, wenn Ihr den Vertrag so erfüllt, wie wir uns das vorstellen.“ Damit bestätigt Herr Falin die alte Position, die die Sowjetunion der Regierung Kiesinger gegenüber eingenommen hat. Diese Position von Herrn Falin wiederum – und das ist sehr schwierig – ist natürlich für den einen oder anderen von uns, sei es, daß er in Moskau war, sei es, daß er hier Zutritt zu besonderen Informationen hat, auch wieder nicht so schrecklich neu. Wir hätten sie in die Debatte über den Vertrag eingebracht, aber nun liegen sie auf dem Tisch. Und das ist ein Widerspruch zu dem Eindruck, den die Regierung hier verbreitet. Und auch das können wir unwidersprochen nicht hinnehmen, denn einer der Sätze unseres Beschlusses vom 26. Mai heißt: Gewaltvorbehalt der Sowjetunion und Gewaltverzichtsvertrag sind miteinander unvereinbar. Deshalb müssen wir in dieser Sache tätig werden und uns Klarheit darüber verschaffen. Ich hätte in dieser Frage keine Bedenken – ich weiß nicht, wie der Fraktionsvorstand darüber denkt –, wenn in dieser Woche sich hierüber eine Anfrage im Parlament ergeben könnte, in der Berlin-Frage – wie gesagt – nur bei größter Not.

Das sind die beiden Fragen, die im Vordergrund stehen. Im übrigen glaube ich, muß man konstatieren, daß die Beziehungen zwischen der Regierung und der Opposition auf einen Tiefstand gekommen sind. Wenn dies von den anderen auch so gewollt ist, dann muß man sich immer noch überlegen, ob man das zurückwollen soll, denn die Art und die Form z. B. der Zurruhestellung des Botschafters Berger¹⁹, der der höchste Beamte hier war und ein alter CDU-Mann und ein Anti-Hitler-Kämpfer ist, und die Tatsache, daß dies jetzt geschieht, ist natürlich gewollt. Die Frage ist, ob wir darauf eingehen.

Da ich aber das Wort habe, Herr Vorsitzender, darf ich vielleicht noch ein Wort sagen zu einem vierten Problem, nämlich zu der Frage BND. Daß der „Spiegel“ hierüber eine Serie hat²⁰, wird – unabhängig von dem, was da drin steht oder nicht drin steht – jeder staatspolitisch Besonnene bedauern, denn ein Geheimdienst hat nur dann einen Sinn, wenn über ihn nicht gesprochen wird. Da im Augenblick wohl über ihn

19 Dr. Hans Berger wurde von Walter Scheel per Brief vom 11. März 1971 zum 1. Oktober 1971 in den Ruhestand versetzt. Als Grund wurden Differenzen über Bergers Haltung zur Ostpolitik der sozialliberalen Koalition angenommen. Laut einem Artikel in der polnischen Zeitung „Zycie Warszawy“ vom 13. März 1971 habe sich Scheel den polnischen Wünschen nach Abberufung Bergers sofort gefügt. Vgl. „Rheinische Post“ vom 19. März 1971 „Wird Botschafter beim Vatikan kaltgestellt?“, „Rheinische Post“ vom 26. März 1971 „CDU verlangt Klarheit über Abberufung Bergers“, „Die Welt“ vom 26. März 1971 „Botschafter Berger – ein Opfer der Ostpolitik“. Vgl. auch die Unterlagen in ACDP 01–400–036/2, –036/5; Rudolf MORSEY: Beamtenloyalität und Gewissensentscheidung – Der Vatikanbotschafter Hans Berger (1969–1971) und die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel. In: Ferdinand KIRCHHOF/Hans-Jürgen PAPIER/Heinz SCHÄFFER (Hg.): Rechtsstaat und Grundrechte. Festschrift für Detlef Merten. Heidelberg 2007 S. 367–379.

20 Die Serie „Pullach intern. Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes“ von Hermann Zollig und Heinz Höhne begann im „Spiegel“ Nr. 11 am 8. März 1971 und endete nach 14 Folgen am 14. Juni 1971 (Nr. 25).

gesprochen wird, ist er nur die Hälfte wert, vor allen Dingen was andere, mit ihm zusammenarbeitende Dienste aus anderen Ländern betrifft. Das ist zu bedauern. Nun finde ich, wenn man das bedauern will eines Tages, falls da was drin steht, was Anlaß genug sein könnte, gar mit dem Gedanken zu spielen, einen Untersuchungsausschuß zu bilden, dann darf man nicht vorher unlogisch werden, indem man selbst die öffentliche Debatte über diesen Dienst eröffnet. Wir haben deshalb den Kollegen Benda gebeten, uns heute einen Bericht zu geben.²¹ Ich habe den Eindruck, daß hier ein nur sehr behutsames Vorgehen am Platze ist, denn wir dürfen natürlich auch nicht vergessen, wer Präsident dieses Dienstes in der Zeit der Regierung unseres Vorsitzenden geworden ist und noch ist.²² Und man darf niemals etwas machen, ohne die Frage „Könnte es ein Bumerang werden?“ hier aufzuwerfen. Ich will hier nicht weiter in die Einzelheiten gehen, ich will nur sagen, auf diesem Gebiet sehe ich auch noch eine Kontroverse, und zwar dann eine sehr tiefgreifende, die sich zwischen der Regierung und uns anbahnen könnte, weil der Kollege Ehmke über das Maß dessen, was unter Kollegen in flapsiger Weise zumutbar sein sollte, doch hier hinausgegangen ist²³, um Einfluß auf unsere Haltung in dieser Frage zu nehmen.

Das sind, Herr Vorsitzender, die wenigen Punkte, die ich hier vortragen durfte. Ich glaube, wir müssen ins Auge fassen, daß trotz aller Dinge, die wir sehen, wir gut daran tun, auch – nicht allein – mit der Möglichkeit zu rechnen, daß in den nächsten Monaten zwar nicht eine befriedigende Berlin-Lösung, aber eine Berlin-Regelung zustande kommt. Ich sage nicht, daß wir uns darauf gründen müssen; ich sage nicht, daß dies eine Gewißheit ist – aber wir müssen dies auch in unsere Rechnung miteinbeziehen. Und in diesem Augenblick, wo wegen dieser von der Regierung erfüllten Position die Verträge den Bundesrat und Bundestag erreichen, spätestens in diesem Augenblick beginnt in Wahrheit die Auseinandersetzung um die Bundestagswahl 1973. Das müssen wir so sehen und uns darauf einrichten. Das sind in wenigen Worten, Herr Vorsitzender, die aktuellen Punkte, die uns heute um 15.00 Uhr zu dem Gespräch führen.²⁴ Wir haben vorher verabredet, daß für den Fall, daß es dort eine Situation gibt, die wir nicht erwünschen, es natürlich noch einmal ein Zusammentreffen Parteipräsidium und Fraktionsvorstand gibt. Denn wenn es dort eine Kontroverse geben sollte, will die keiner von uns allein auf die Hörner nehmen, denn die Konsequenzen müssen dann ja

21 Bericht Bendas in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 23. März 1971 (Sitzungsprotokoll in ACDP 08–001–1025/2, hier S. 7–10).

22 Gerhard Wessel (1913–2002), Generalleutnant; 1932 Eintritt als Fahnenjunker in ein Artillerieregiment der Reichswehr, 1934 Leutnant, 1939–1941 Stabsoffizier, 1943–1945 Gruppenleiter in der Abteilung „Fremde Heere Ost“, nach 1945 Tätigkeit in der Industrie und in der Organisation Gehlen, 1952 im Amt Blank zuständig für den Aufbau des MAD, 1955 erneut Soldat (Oberstleutnant), Tätigkeit im Bundesministerium der Verteidigung, 1962/63 Kommandeur der 2. Panzerbrigade in Braunschweig, 1962–1968 deutscher Vertreter im Ständigen Militärausschuß der NATO, 1968–1978 Präsident des Bundesnachrichtendienstes.

23 Vgl. „Die Welt“ vom 17. März 1971 „Wachsende Kritik an Kanzleramts-Chef Horst Ehmke“; „Christ und Welt“ vom 19. März 1971 „Um Ehmkes Kopf?“.

24 Vgl. GRAU S. 177; AAPD 1971 Dok. 104; „Die Welt“ vom 12. März 1971 „Brandt und Barzel bleiben bei gemeinsamer Berlin-Politik“.

sehr wohl bedacht sein. Und wir wollen sicherlich eines nicht machen, daß, wenn andere uns eine Konsequenz anhängen wollen, wir sie deshalb schon akzeptieren.

Kiesinger: Ich glaube, wir sollten diesen Punkt jetzt nicht diskutieren. (*Dregger:* Doch!) Entweder wir tun es, dann müssen wir sehr lange und ausgiebig darüber sprechen, oder wir lassen es dabei bewenden, worüber wir uns im Präsidium geeinigt haben²⁵ und warten erst einmal das Ergebnis dieses Gesprächs ab.

Amrehn: Ohne in eine tiefere Diskussion von meiner Seite aus einsteigen zu wollen, möchte ich mir doch zwei Bemerkungen gestatten. Mit gutem Grund kann man annehmen, daß der Bundeskanzler von den Äußerungen Scheels abrückt. Ich halte es für höchst unwahrscheinlich, daß er das, was Scheel in der Rechtsbegründung einer politischen Position ausgesagt hat, selber mit decken will, nämlich daß die Bundespräsenz eigentlich von den Alliierten entliehen worden sei. Das ist geradezu Unsinn. Das kann der Brandt nicht decken. Aber in der Sache selbst wird Herr Brandt möglicherweise auch nichts anderes wollen. Und darauf möchte ich hinweisen, weil der Fraktionsvorsitzende nämlich nicht erwähnt hat die Äußerungen von Herrn Brandt, die ihm natürlich gegenwärtig sind, in der vergangenen Woche nur noch von der administrativen Bundespräsenz zu sprechen und daß das in der Sache auf dasselbe hinauskommt, was Herr Scheel im Grunde vorweggenommen hat. Und während bisher – sagen wir – eine scheinbare Linie zu erkennen war, als würde man die technischen Behörden dulden wollen, muß man eben wissen, daß der Herr Abrassimow²⁶ auch den Abzug der Bundesdruckerei aus Berlin gefordert hat und daß der nächste Vorstoß bereits hineingeht ins Administrative der Bundespräsenz, so daß wir erleben mußten, daß die Amerikaner uns gebeten haben, wir möchten einer solchen Entwicklung Einhalt gebieten.

Zu Art. 53 und 107: Mir sind die Äußerungen, obwohl ich glaube, etwas besser orientiert zu sein, in der Form, wie sie Falin jetzt benutzt hat, völlig neu. Bisher war das Argument, 53 und 107 könne man ja nicht aus der Satzung streichen, da müßten alle mitwirken. Auf eine entsprechende Initiative in den Vereinen Nationen haben die Sowjets geantwortet, daß sie die Streichung nicht wollen und insoweit also der Vorbehalt sehr viel stärker ist, als uns in den Informationen, die wir bekommen haben über die Verhandlungen in Moskau, bisher zu verstehen gegeben worden ist.

Kiesinger: Wir haben natürlich diese Frage diskutiert. Daß Brandt in der Sache gar nichts anderes tun kann nach seinen Äußerungen über die administrative Verzahnung anstelle der Bundespräsenz, liegt ja auf der Hand. Wieweit er dabei noch formal von Herrn Scheel abrücken kann, das vermag ich nicht zu sehen, offengestanden. Es wird uns hier sehr schwerfallen, eine Formulierung zu finden. Wir haben heute früh auch –

25 Vgl. das Protokoll der Präsidiumssitzung vom 11. März 1971 sowie die Presseerklärung vom selben Tag. Darin erklärte die CDU, daß sie mit der Bundesregierung weiterhin zusammenarbeiten wolle, „einer Minderung der politischen Lebenskraft Berlins [...] jedoch nicht zustimmen“ werde (ACDP 07-001-1404).

26 Vgl. FAZ vom 20. März 1971 „Bonn prüft Falins Berlin-Äußerungen“; „Bonner Rundschau“ vom 30. März 1971 „Kreml-Papier unklar. Abrassimow für Abbau der Bundespräsenz in Berlin“.

als eine Grundlage für das Gespräch – Bezug genommen auf den Beschluß des NATO-Ministerrates in Paris, in dem ja praktisch die gewachsenen Verbindungen, also der Stand der Realitäten in der Berlin-Frage, anerkannt worden ist.

Barzel: Zum Stichwort „Administrative Verzahnung“ ganz kurz. Zu dieser Sache gab es neulich irgendwo ein Gespräch verantwortlicher Stellen, wo ich erklärt habe, wenn jemand glauben sollte, dies sei das Ei des Columbus hinsichtlich der Bundespräsenz, müsse er folgendes zur Kenntnis nehmen: Die Bundesrepublik Deutschland wie Berlin sei eine parlamentarische Demokratie, in der jede Administration der parlamentarische Kontrolle unterliegt. Das heißt, wer glaube, auf diese Weise Bundestagsausschüsse und -fraktionen loszuwerden, irre, er zwingt sie geradezu herbei. Ich sage dies nur, um zu zeigen, wie weit die Diskussion inzwischen gediehen ist.

Dregger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß der Bundesvorstand als politisches Führungsorgan der Partei diese politische Frage jetzt diskutieren sollte und daß unser Fraktionsvorsitzender wissen muß in dem Gespräch mit dem Bundeskanzler, wie dieser Bundesvorstand denkt. Ich möchte daher folgendes sagen: Gemeinsamkeit in der Berlin-Frage ist sicher eine gute Sache, und es hat wahrscheinlich den Interessen unseres Landes und möglicherweise auch den Interessen der CDU gedient, wenn wir von uns bisher auf Gemeinsamkeit hingewirkt haben. Aber es ist ein völlig neuer Tatbestand eingetreten mit der Erklärung von Herrn Falin und mit der Bestätigung durch den Außenminister. Ich bin der Meinung, daß jetzt der Punkt gekommen ist, an dem wir deutlich machen müssen, daß wir diese Berlin-Politik nicht mitzutragen bereit sind, und zwar einmal aus innenpolitischen Gründen. Wir müssen glaubwürdig bleiben im deutschen Volk. Und das würde gefährdet, wenn wir das noch mittragen würden. Aber auch aus außenpolitischen Gründen. Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß unsere Freunde in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Frankreich und anderswo glauben, daß die CDU/CSU, wenn sie einmal die Regierung übernehmen würde – vielleicht noch vor der Ratifikation –, eine andere Politik machen würde als diese Regierung. Wenn dieser Glaube ins Wanken gerät, und er scheint mir nicht überall mehr ganz sicher zu sein, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn diese unsere Freunde in Amerika und anderswo sehr zurückhaltend werden, wenn es darum geht, die deutsche Position zu verteidigen. Und da wir kaum einen Außenminister haben, der die deutsche Position vertritt, sondern wir uns weitgehend auf Herrn Kissinger und alle anderen verlassen müssen, ist das nicht gleichgültig. Ich meine also nicht nur aus innenpolitischen Gründen, sondern auch aus außenpolitischen Gründen müssen wir hier deutlich machen, daß wir das nicht mittragen. Und ich würde es nur dann für möglich halten, die Gemeinsamkeit in der Berlin-Politik weiterzutragen, wenn der deutsche Bundeskanzler sich ganz deutlich von Falin, von Scheel distanziert. Wenn er das nicht tun sollte, dann müssen wir uns vom gegenwärtigen Bundeskanzler distanzieren.

Kiesinger: An sich hatten wir eine Erklärung zur Berlin-Frage im Zusammenhang mit den Scheel-Äußerungen vorbereitet. Der Fraktionsvorsitzende hat ja sehr klar erklärt, wenn der Kanzler nicht abrückt von den Äußerungen Scheels, dann ist das das Ende. (*Dregger:* Ich würde mich freuen, wenn der ganze Bundesvorstand das mittra-

gen würde.) Ich nehme das ohne weiteres an. Aber ich bin dankbar, daß wir das hier noch einmal klar feststellen können.

Daß es zu einem Ende komme würde, sah ich seit geraumer Zeit voraus, denn wir alle kennen ja die Vorbereitungen gewisser politischer Entscheidungen durch die SPD in diesen etappenweise vorgenommenen Formulierungen verschiedenster Leute. Das ist ja nicht nur die administrative Verzahnung, es ist die nicht-demonstrative Bundespräsenz, es ist das Erscheinen in Berlin auf Einladung durch Herrn Wehner, es ist die Versammlungsfreiheit anstelle von Bundespräsenz usw. Wir sehen ja da deutlich, wohin der Weg geht.

Natürlich ist es jetzt nicht möglich, daß wir vor der Presse eine Erklärung abgeben, während unser Fraktionsvorsitzender mit dem Bundeskanzler noch Verhandlungen führt. Aber ich bin Ihnen dankbar für diesen Hinweis. Ich nehme an, daß wir in dieser Frage übereinstimmen werden und es keine verschiedenen Meinungen gibt, denn wir haben ja bisher in dieser Frage immer eine gemeinsame Meinung gehabt. Ich darf das also ausdrücklich feststellen.

b) Wirtschaftsprüfer der CDU²⁷

Für den am 31. Dezember 1970 aus Altersgründen ausgeschiedenen Wirtschaftsprüfer der CDU, Herrn Dr. Elmendorff²⁸, beschließt der Vorstand, Herrn Dr. Erwin Pougin²⁹, Köln, zum Wirtschaftsprüfer zu bestellen.

c) Protokoll über Bundesvorstandssitzungen

Der Bundesvorstand beauftragt die Bundesgeschäftsstelle mit der umgehenden Übersendung eines Kurzprotokolls jeder Bundesvorstandssitzung an die Vorstandsmitglieder.

d) Termine

26. April 1971, 18.00 Uhr, Bundesvorstandssitzung, Bonn; 7. Mai 1971, 10.00 Uhr, Bundesausschußsitzung, Bonn.

²⁷ Die Punkte b bis d gemäß Kurzprotokoll.

²⁸ Dr. Wilhelm Elmendorff (1903–1989), Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1373 Anm. 38.

²⁹ Professor Dr. Erwin Pougin (geb. 1927), Diplom-Kaufmann, Wirtschafts- und Steuerberater. – Die Firma Professor Dr. Pougin GmbH prüfte die CDU vom Kalenderjahr 1970 bis zum Kalenderjahr 1998. Sie ist in der Firma Ernst & Young aufgegangen, die von diesem Zeitpunkt an Wirtschaftsprüfer der CDU war.